

Solidaritätsfonds für
soziale Befreiungskämpfe
in der Dritten Welt

SOLIFONDS



Arbeitskämpfe – Verteidigung von Lebensraum –
Kampf gegen Repression – Demokratie von unten

Jahresbericht 2016

Liebe Leserin, lieber Leser

Inhalt

Aus dem Büroalltag – und darüber hinaus	1
Unterstützungsaktionen 2016	
Organisierung und Kampf gegen Repression	5
Verteidigung von Lebens- raum gegen Bergbau und Agroindustrie	10
Demokratie von unten und alternative Medien	15
Was ist eigentlich mit ... – Updates	18
Information und Vernetzung	21
Jahresabschluss 2015/16	
Bilanz	24
Jahresrechnung	25
Unterstützungen	26
Revisionsbericht	26
Kommentar zur Jahresrechnung	27
Die Stiftung SOLIFONDS	28
Der SOLIFONDS braucht Ihre Untertützung	29

Unsere Solidarität ist angesichts der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen gefordert. Ursache dafür, dass sich Menschen gezwungen sehen, ihr Herkunftsgebiet zu verlassen, sind die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak, aber auch die neoliberale Globalisierung mit ihrer menschen- und umweltverachtenden Wirtschaftspolitik im Interesse der multinationalen Konzerne. Letztere versuchen, einklagbare Regeln zu ihrer Verantwortung zu verhindern, und bauen ihre Macht mittels Freihandelsabkommen weiter aus.

Gegenpunkt zu diesen Entwicklungen sind die sozialen Kämpfe gegen Armut und Prekarisierung, gegen die Vergiftung unserer Umwelt sowie gegen die Kriminalisierung von Organisationen und Bewegungen, welche sich eben dieser Macht der Multis und den mit ihnen paktierenden Regierungen entgegenstellen. Leider haben die marktradikalen Kräfte wieder Aufwind, wie die Rechtsrutsche beispielsweise in Argentinien und Brasilien zeigen. Die sozialen Probleme verschärfen sich. Wir haben weiterhin allen Grund, soziale und politische Kämpfe für soziale Gerechtigkeit zu unterstützen.

Ihnen allen danke ich für die grosszügige Unterstützung im Berichtsjahr und hoffe, dass der SOLIFONDS auch im kommenden Jahr auf Sie zählen kann, denn unsere Partnerorganisationen – Gewerkschaften, Frauen- und Bauernorganisationen sowie UmweltaktivistInnen – bauen auf unsere Solidarität.

Mit freundlichen Grüssen

Hans Schächli, Präsident

Aus dem Büroalltag des SOLIFONDS – und darüber hinaus

«Wie kommen eigentlich Unterstützungsanfragen zum SOLIFONDS? Wie wissen die betreffenden Organisationen, dass es den SOLIFONDS gibt?» werden wir immer wieder gefragt. Hinter den Unterstützungsaktionen steht ein langjähriges breites Beziehungsnetzwerk zu Gewerkschaften, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sowie Zusammenschlüssen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlosen oder von Indigenen. Seit der Gründung des SOLIFONDS wird dieses Netzwerk stetig gepflegt und erweitert, die meiste Zeit von unserer Geschäftsstelle in Zürich aus.

Das vergangene Jahr war diesbezüglich speziell. Es begann mit der Rückkehr von Koordinator Urs Sekinger aus einem unbezahlten Urlaub, den er zur vertieften Zusammenarbeit mit unserer Partnerorganisation RAID in Tunesien genutzt hatte. Zusammen mit RAID und der Fotografin Susi Lindig hatte er eine Plakatserie realisiert, um die Forderung nach einer unabhängigen Überprüfung der tunesischen Staatsschulden breit zu lancieren. Er brachte seine Inspiration aus diesen Erfahrungen, frische Motivation und neue Ideen ins Büro zurück. Kurz darauf begann die Koordinatorin Yvonne Zimmermann ihren fünfmonatigen unbezahlten Urlaub, während welchem sie mit Basisorganisationen in Kolumbien zusammenarbeitete. Bei dieser Arbeit in ver-



Das SOLIFONDS-Büro: Präsident Hans Schättli (rechts), Urs Sekinger und Yvonne Zimmermann (Koordination) Foto: Susi Lindig

schiedenen Regionen des Landes wurde deutlich, wo Solidarität dringend gebraucht wird – beispielsweise für den landesweiten Agrarstreik ab Ende Mai oder für die Durchführung eines Treffens der Frauen aus Basisorganisationen oder für die Mobilisierung rund um die geplante, bisher einmalige, Abstimmung in der Hauptstadt Tolimas zur geplanten Megamine La Colosa.

Die gewonnenen Erfahrungen und das Wissen um die Situation in den betreffenden Ländern helfen uns in unserer Alltagsarbeit, etwa bei der Beurteilung von Gesuchen. Und nicht nur das: Die Arbeit mit den Menschen vor Ort in ihren Kämpfen hat uns frische Energie für die Arbeit in der Schweiz gegeben und deutlich aufgezeigt, wie wichtig unsere internationale Solidaritätsarbeit ist. Ebenfalls ist von grossem Nutzen, dass wir auf Einschätzungen aus unserem Netzwerk zurückgreifen können, wenn Gesuche, etwa von neuen potenziellen Partnerorganisationen, bei uns eintreffen und in einer kurzen Frist sorgfältig abgeklärt und entschieden werden müssen.

Der wichtigste Teil der Solidaritätsarbeit des SOLI-FONDS ist die **finanzielle Unterstützung von Aktionen und Kampagnen unserer Partnerorganisationen**, vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dabei variieren die Beiträge zwischen wenigen Tausend und mehreren Zehntausend Franken. Da taucht immer wieder mal die Frage auf, ob Klotzen nicht besser wäre als Kleckern. **Unsere Erfahrung zeigt uns, dass gerade mit wenig oft viel erreicht wird.** So ermöglichten

es unsere 4'000 Franken Abahlali baseMjondolo, einer südafrikanischen Bewegung von SlumbewohnerInnen, sechzehn gewaltsam vertriebene Familien vorübergehend unterzubringen und ihnen Baumaterial für neue Hütten zu kaufen. Mit dieser Aktion gegen Zwangsräumungen und Vertreibungen reklamierte Abahlali ein Recht auf Wohnen für alle Menschen.

Ein wichtiger, aber weniger sichtbarer Teil unserer Solidaritätsarbeit ist die **politische Unterstützung unserer Partnerorganisationen**. Jedes Jahr verfassen wir etliche Protestschreiben an Regierungen oder Unternehmen, initiieren gemeinsame Schreiben mit Gewerkschaften und NGO oder internationale Protestbriefaktionen. Immer wieder betonen unsere Partnerorganisationen, wie wichtig solche Schreiben für sie sind, weil sie von internationaler Seite Druck auf ihre Regierungen oder auf Unternehmen herstellen. Zugleich sind sie eine Ermutigung für unsere Partnerorganisationen, eine Geste der Solidarität.

Zur politischen Unterstützung gehört auch, dass wir unsere Partnerorganisationen bei Besuchen in der Schweiz darin unterstützen, sich mit ParlamentarierInnen und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA zu treffen, Kontakte mit Gewerkschaften und NGO zu knüpfen und Medienschaffende zu informieren. So begleiteten wir im Juni während der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einen Vertreter des unabhängigen Gewerk-

schaftszentrums CTUWS aus Ägypten, das zusammen mit unabhängigen Gewerkschaften massiv unter Druck geraten ist, an zahlreiche Treffen mit internationalen Gewerkschaften und Medien.

Während der unbezahlten Urlaube arbeitete Sandra Julius stellvertretend auf unserer Geschäftsstelle. Wir danken ihr herzlich für ihren Einsatz. Eine ihrer Hauptaktivitäten war unsere Kampagne zum Marikana-Massaker in Südafrika. Im August 2012 waren 34 streikende Bergleute einer Mine des Lonmin-Konzerns erschossen worden. Vor dem vierten Jahrestag des Massakers reiste eine Delegation, der zwei Witwen angehörten, in die Schweiz und präsentierten ihre Forderung nach Entschädigung bei BASF Metals GmbH in Zug, Hauptabnehmerin des Platins aus Marikana (siehe Seite 21).

Wie viele und welche Unterstützungsaktionen kamen im vergangenen Jahr zustande? Einer der Schwerpunkte unserer Solidaritätsarbeit 2015/16 betraf **ArbeiterInnen, die sich gemeinsam organisieren und für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen, sich aber auch gegen Repression wehren**. Dazu gehören die migrantischen LandarbeiterInnen in den Treibhäusern Südspaniens ebenso wie die Heimarbeiterinnen in Pakistan, informelle ArbeiterInnen und speziell Hausarbeiterinnen in Togo sowie StrassenverkäuferInnen weltweit. Aber auch die ArbeiterInnen, die sich gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten des Schweizer

Konzerns Syngenta in Pakistan wehren, Minenarbeiter in Südafrika sowie unabhängige Gewerkschaften in Ägypten, die für ihre Rechte kämpfen.

Ein zweiter Schwerpunkt kann unter dem Stichwort **Verteidigung von Lebensraum gegen Bergbau und Agrarindustrie** zusammengefasst werden. Dabei geht es um die Verteidigung und Erhaltung von autochthonem Saatgut in Kolumbien und Paraguay, um den Widerstand gegen Minenprojekte in Mexiko, Peru und Kolumbien sowie gegen das Vordringen einer Ethanolfabrik in Zimbabwe oder von Palmölplantagen in Malaysia.

Gleichzeitig zeigen unsere Partnerorganisationen, dass sie – und das ist unser dritter Schwerpunkt – für den Aufbau von **Demokratie von unten** kämpfen. Sei es in Nordkurdistan, Südafrika, Kolumbien oder Ecuador. Solidarisches Wirtschaften, alternative Medien, Stärkung der Frauen, Teilhabe am Friedensprozess bzw. an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen sind hier die verbindenden Elemente. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Übersicht der vom SOLIFONDS unterstützten Aktionen und Kampagnen.

Der SOLIFONDS erhält keine staatlichen Mittel, sondern ist auf private Spenden und Zuwendungen von Stiftungen angewiesen. Dank diesen konnten wir auch in diesem Jahr einen eindrücklichen Beitrag an die internationale Solidaritätsarbeit leisten.



Südspanien – Landarbeiterinnen organisieren sich gewerkschaftlich

Ende 2015 konnte SOC-SAT, die Gewerkschaft der meist migrantischen Landarbeiterinnen und Landarbeiter im südspanischen Andalusien, einen grossen Erfolg verbuchen. Das Abpackunternehmen BioSol musste die fristlose Entlassung von fünf Arbeiterinnen rückgängig machen und ihnen 14 Monate Lohnausfall erstatten. Ihnen war gekündigt worden, weil sie sich in einem Fernsehbeitrag des Senders arte kritisch über die Arbeitsbedingungen geäussert hatten. Das Arbeitsgericht von Almería stufte diese Kündigungen als willkürlich ein.

BioSol beliefert auch den Schweizer Grossverteiler

Coop mit Gemüse. Eine Kampagne verschiedener Organisationen, darunter der SOLIFONDS, hatte Coop nach der Kündigung der Arbeiterinnen zu einer Reaktion gegenüber BioSol aufgefordert. Coop sistierte in der Folge seine Einkäufe.

Der Erfolg bei BioSol bestärkte SOC-SAT darin, die gewerkschaftliche Organisierung speziell der Arbeiterinnen in den Abpackbetrieben und den Treibhäusern voranzutreiben. Als Basis dienen die Abendkurse für Frauen zu Arbeits- und sozialen Rechten und zu Organisationsaufbau sowie Spanischkurse.

Pakistan – Schweizer Multi Syngenta verweigert Arbeitsrechte

Seit Jahren befinden sich die Syngenta-Arbeiter in Pakistan in einem Konflikt mit dem Schweizer Agrochemiekonzern. Als Folge eines zermürenden Arbeitskamps und langwieriger Gerichtsverfahren, in denen die Gewerkschaft stets Recht bekam, entliess der Multi kurzerhand den Generalsekretär der Gewerkschaft Imran Ali. Dieser klagte erfolgreich vor Gericht, worauf Syngenta das Urteil anfocht. Im Oktober 2015 wies das oberste Arbeitsgericht den Rekurs von Syngenta ab.

Statt Imran Ali wieder einzustellen, hat der Schweizer Multi den Gerichtsentscheid erneut angefochten und zieht das Verfahren damit immer weiter in die Länge. Bei der nächsthöheren Gerichtsinstanz muss sich Ali von einem spezialisierten Verfassungsanwalt vertreten lassen. Dies hat Kosten zur Folge, die die Möglichkeiten der Gewerkschaft bei weitem übersteigen. Der SOLIFONDS unterstützt die Gewerkschaft, damit sie zu ihrem Recht kommt.

Pakistan – Heimarbeiterinnen kämpfen für Mindestlohn und Arbeitssicherheit

Im vergangenen Jahr hat der pakistanische Verband von HeimarbeiterInnengewerkschaften (HBWWF) die Organisationsarbeit der Herstellerinnen von Glasarmreifen in Hyderabad (Provinz Sindh) intensiviert. In dieser Stadt produzieren 400'000 Arbeiterinnen traditionelle Glasarmreifen in Heimarbeit. Dank der intensiven Arbeit des HBWWF gelangte in der Provinz Sindh die Forderung nach einem Mindestlohn für diese Heimarbeiterinnen aufs politische Tapet. Als nächstes wird der Verband das Thema Arbeitssicherheit und -gesundheit bei den Be-

hörden einbringen, denn die Herstellung von Glasarmreifen gilt als eine der schädlichsten für die Gesundheit der Arbeiterinnen. Ebenfalls hat sich der Verband dafür stark gemacht, dass Pakistan die ILO-Konvention C177 für Heimarbeiterinnen ratifiziert, und hat bewirkt, dass der Senat demnächst darüber beraten wird. Die Organisierung der Heimarbeiterinnen ist aber auch ein wichtiger Schritt für die Emanzipation der Arbeiterinnen als Frauen: «Heute fühlen wir uns frei», so eine Gewerkschaftsaktivistin.

« Als ein Zwischenhändler den Preis pro gefertigtes Kleid senken wollte, haben ihn die Heimarbeiterinnen boykottiert. Die Aktion zeigte Erfolg: Nach anderthalb Monaten musste der Zwischenhändler den Preis erhöhen. »

Heimarbeiterinnenverband Pakistan HBWWF

Pakistan – Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, Kampf für Gerechtigkeit

Der Gewerkschaftsverband NTUF setzt sich unermüdlich für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung ein. Dank seiner intensiven Aufbauarbeit sind neue Basisgewerkschaften entstanden, insbesondere im informellen Sektor. Und nicht nur das: Nach der Brandkatastrophe in der Textilfabrik Ali Enterprises 2012, bei der 260 ArbeiterInnen ihr Leben verloren, hat der NTUF die Angehör-

igen in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit unterstützt. Ein erster Erfolg wurde erreicht: Nun wird ein deutsches Gericht untersuchen, was für eine Verantwortung der Billigdiscounter KIK, Hauptauftraggeber der Textilfabrik, trägt. Dies ist der erste Schritt, damit ein Fall von Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen im Ausland vor einem deutschen Gericht verhandelt wird.

Togo – Mehr Arbeitssicherheit und bessere Arbeitsbedingungen dank Branchen-GAV

Auch in der Baubranche in Togo sind die Arbeitsverhältnisse kaum geregelt. Die ArbeiterInnen sind schlecht bezahlt, Arbeitsunfälle kommen häufig vor. Die Gewerkschaft der BauarbeiterInnen FTBC hat deshalb im März eine Kampagne lanciert, die Ende Jahr zu einem Gesamtarbeitsvertrag GAV für die Branche führen soll.

Landesweit wurden die ArbeiterInnen über Bedeutung und Inhalt dieses GAV informiert und gleichzeitig mobilisiert. Im Oktober kam es zu ersten Verhandlungen mit Unternehmern und dem Arbeitsministerium. Die Kampagne ist gut unterwegs und ein positiver Abschluss ist in Reichweite.

Togo – Hausarbeiterinnen organisieren sich gewerkschaftlich

Dem Beispiel ihrer Schwesterorganisation ADDAD (Association de Défense Des Aides Domestiques) in Mali folgend, die der SOLIFONDS in früheren Jahren unterstützt hat, haben sich auch in Togo die Hausarbeiterinnen zusammengeschlossen, um für bessere Anstellungsbedingungen zu kämpfen. Es sind vor allem junge Frauen, die in städtischen Haushalten meist sieben Tage

zu 15 Stunden und mehr für einen miserablen Lohn arbeiten müssen. Im Rahmen von ADDAD kommen die Hausarbeiterinnen zusammen, sprechen über ihre Arbeitsbedingungen und Probleme und sprechen bei den ArbeitgeberInnen vor. Auch der Staat wird in die Verantwortung genommen, indem die Durchsetzung der ILO-Richtlinien für Hausarbeiterinnen gefordert wird.

Südafrika – Marikana-Massaker: Gerechtigkeit für Minenarbeiter

Nach dem Massaker von 2012, bei dem 34 streikende Minenarbeiter von der Polizei getötet und viele weitere verwundet wurden, schuf die Gewerkschaft AMCU einen Fonds für Rechtshilfe und Unterstützung an die Witwen und ihre Kinder. Der Beitrag des SOLIFONDS wur-

de von AMCU dazu verwendet, die ungerechtfertigten Hunderte von Anklagen gegen streikende Minenarbeiter abzuwenden. Im Frühling 2016 kamen die beiden letzten Mineure frei, nachdem sie ohne Anklage dreieinhalb Jahre im Gefängnis gesessen hatten.

Ägypten – unabhängige Gewerkschaften verschaffen sich Gehör und stärken die Arbeiterinnen

Seit der Machtübernahme durch General al-Sisi 2013 hat der Druck auf die unabhängigen Gewerkschaften enorm zugenommen. Die unabhängigen Gewerkschaften führen ihren Kampf für die Gewerkschaftsfreiheit und die Respektierung der ILO-Konventionen 87 und 93 energisch weiter. Eine wichtige Rolle spielt dabei das unabhängige Gewerkschaftszentrum CTUWS. Um über die prekäre Lage in Ägypten zu informieren, war es an der diesjährigen ILO-Konferenz in Genf vertreten. Der SOLIFONDS unterstützte die wichtige Vernetzungsarbeit rund um diesen Besuch.

Zentral im Kampf für Arbeitsrechte und unabhängige Gewerkschaften in Ägypten sind Frauen. 2006 traten 3'000 Arbeiterinnen im Textilwerk von El-Mahalla El-Kobra als erste in den Streik und erreichten, dass sich ihnen 23'000 männliche Arbeiter anschlossen. Es sei das

erste Mal, schreibt das CTUWS, dass die Arbeiterinnen nicht hinter den Männern, sondern Seite an Seite mit ihnen standen. Dennoch blieben die Arbeiterinnen weiterhin marginalisiert, diskriminiert und ihr Recht auf faire Arbeitsbedingungen wird bis heute permanent verletzt. Diese Umstände führten dazu, dass das CTUWS 2014 die Frauenrechtskampagne «Permanent Conference of Women Workers» ins Leben rief. Sie hat zum Ziel, die organisierten Arbeiterinnen und weitere Organisationen, die sich für soziale und wirtschaftliche Rechte der Frauen einsetzen, zusammenzubringen, um gemeinsam gegen die Diskriminierung anzukämpfen und Geschlechtergerechtigkeit einzufordern. Ende Juli fand die dritte nationale Konferenz statt, an der die Teilnehmerinnen einen Aktionsplan zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen erarbeiteten.

Global – StrassenverkäuferInnen sind keine Manövriermasse

StreetNet International ist ein 2002 gegründetes Netzwerk von 49 Gewerkschaften, Kooperativen und Organisationen aus 45 Ländern in vier Kontinenten, mit Sitz in Südafrika. Sie alle bringen StrassenhändlerInnen und Marktfrauen zusammen. Ziel ist es, diese informell Arbeitenden, hauptsächlich Frauen, zu organisieren, damit

sie auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ihre Anliegen und Rechte besser durchsetzen können. An ihrem diesjährigen Kongress erarbeitete StreetNet einen Forderungskatalog zuhanden der UN-Konferenz zu Wohnen (Habitat III). Schwerpunkt: Den StrassenhändlerInnen steht ein Recht auf öffentlichen Raum zu.



Vierorts müssen StrassenhändlerInnen ihren Platz im öffentlichen Raum verteidigen.

Foto: REUTERS/Akintunde Akinleye

Verteidigung von Lebensraum gegen Bergbau und Agroindustrie

Malaysia – Dörfer wehren sich gegen das Vordringen von Palmölunternehmen

Der malaysische Bundesstaat Sarawak gehört zu den Gebieten weltweit, wo am meisten Regenwald vernichtet wird. Immer weiter dringen Abholzfirmer in den Wald vor, auf dem Fuss der Rodungen folgt der Aufbau von Palmölplantagen in Monokultur. Dorfgemeinden wehren sich seit Jahren gegen die Zerstörung des Regenwalds und gegen ihre Vertreibung. Mit Blockaden und Protesten verhindern sie das Vordringen der Abholzunternehmen. Gleichzeitig gehen sie gerichtlich gegen die Firmen

vor, die sich in Komplizenschaft mit Behörden und Polizei über die Rechte der indigenen Bevölkerung in Sarawak hinwegsetzen. Dazu sammeln sie Daten, um die Landrechte der Dorfgemeinden vor Gericht geltend zu machen und den Landraub der Firmen anzuklagen. Die Arbeit ist nicht einfach: Die Gemeinden und sie unterstützende Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen legen sich mit mächtigen Firmen an und sind zunehmend von Repression und Gewalt betroffen.

Paraguay – Gesunde Ernährung für ein souveränes Volk

Das Saatgut-Festival von Ende Mai in Asunción (Paraguay) war ein voller Erfolg. Knapp 100 SamenproduzentInnen waren mit rund 800 autochthonen Pflanzen, weitere 400 KleinbäuerInnen und Indigene mit ihren Produkten präsent. Damit zeigten sie der städtischen Bevölkerung, wie reichhaltig das pflanzliche Erbe des Landes ist – heute ist Paraguay von Sojamonokulturen geprägt.

Der Titel der Veranstaltung «Gesunde Ernährung für ein souveränes Volk» weist denn auch auf den po-

litischen Kontext der Saatgutproblematik hin: Gentech-Saatgut verdrängt zunehmend traditionelle Sorten und trägt zur Verschlechterung der Ernährungssituation der Bevölkerung bei. Traditionelle Nahrungspflanzen zu schützen und ihre Verbreitung zu fördern, bedeutet demgegenüber eine gesündere Ernährung und Eigenständigkeit gegenüber den Agromultis. Das Saatgut-Festival war ein grosser Schritt in diese Richtung. Weiter geht es jetzt mit dem Aufbau einer autochthonen Saatgutproduktion.

Kolumbien – Kampf für Ernährungssouveränität und gegen Gentech

Kolumbien verfolgt eine restriktive Saatgutpolitik, welche die Monopolstellung der multinationalen Konzerne fördert und die Existenzgrundlage der Kleinbauern und -bäuerinnen untergräbt. Als Folge landesweiter Proteste 2013 musste die Regierung jedoch ein Gesetz zurückziehen, welches den Nachbau und Tausch von Saatgut verbietet.

Das Netzwerk der «HüterInnen des Saatguts» setzt sich mittels Saatguthäusern, Tausch von Samen und Bildungsworkshops für den Erhalt von autochthonem

Saatgut und für die Rechte der BäuerInnen ein. Nun hat es eine Informationskampagne gegen Gentech-Saatgut durchgeführt und BäuerInnen aus 16 Gemeinden haben ihren Mais getestet. Dabei konnten sie feststellen, dass er keine gentechnisch veränderten Anteile enthält. Hingegen musste festgestellt werden, dass Mais, welcher von der staatlichen Behörde als gentechfrei verkauft wird, genetisch verändert ist. Nächster Schritt der Kampagne ist die Erklärung zweier Gemeinden als gentechfreie Zonen.

Kolumbien – Menschen fordern ihr Recht auf Mitbestimmung ein

Es war ein Erfolg der Basisbewegungen, dass in Ibagué, Hauptstadt des bergigen Departements Tolima, eine Volksbefragung zu einer der weltweit grössten geplanten Tagebau-Goldminen anberaumt wurde. Zum ersten Mal soll damit in Kolumbien die Bevölkerung einer Departementshauptstadt zu einem Minenprojekt befragt werden. Sagt sie Nein, ist dies ein wichtiger Sieg des Widerstands gegen Megaminenprojekte mit ihren verheerenden Auswirkungen. Entsprechend haben diverse Interventionen stattgefunden, um die Abstimmung

zu verhindern bzw. als ungültig zu erklären. Zwar stellte Ende Juli das Verwaltungsgericht Tolimas den verbindlichen Charakter der Abstimmung fest, jedoch suspendierte das nationale Verwaltungsgericht (Consejo de Estado de Colombia) die Volksbefragung zweieinhalb Wochen vor ihrer Durchführung. Die Basisbewegungen in Tolima haben bereits eine intensive Informations- und Mobilisierungsarbeit rund um die Abstimmung unternommen. Bis Redaktionsschluss war unklar, wann und ob die Abstimmung durchgeführt wird.

Peru – Bedrohung durch Uran- und Erdölförderung

Noch wird in Peru Uran nicht kommerziell ausgebeutet. Aber seit einigen Jahren werden intensive Untersuchungen in der südlichen Region Puno durchgeführt. Die Explorationsunternehmen sprechen von einem «hervorragenden Ausbeutungspotential».

Demgegenüber werfen verschiedene Gewerkschaften dem peruanischen Staat vor, über keine gesetzlichen Grundlagen für den gefährlichen Uranabbau zu verfügen. Sie verlangen vom Staat eine breite öffentliche Diskussion über die Umstände und die Folgen des Abbaus von Uran. Letztlich soll das Volk entscheiden, ob diese hoch gefährliche Minentätigkeit überhaupt aufgenommen werden soll. Als Folge einer vom SOLIFONDS unterstützten Kampagne begannen im vergangenen

März erste Gespräche zwischen den Gewerkschaften und staatlichen Stellen.

Anfang Oktober haben die indigenen Gemeinschaften der Wampis (Shuar), die im peruanischen Grenzgebiet zu Ecuador leben, eine autonome Territorialregierung ausgerufen. Ein für Peru neues Vorgehen, das die Wampis mit nationalen und internationalen Rechten begründen. Die Territorialregierung – deren Gründungsversammlung wurde vom SOLIFONDS unterstützt – soll es ihnen ermöglichen, ihren Lebensraum gegen das Vordringen von Erdölunternehmen besser zu verteidigen und von den staatlichen Stellen respektiert zu werden. Letztere haben Erdölunternehmen Konzessionen im Wampis-Lebensraum vergeben, ohne die Gemeinden zu konsultieren.

Argentinien – Kampf der Indigenen für Gerechtigkeit

Im Oktober 1947 ermordeten argentinische Militärs 500 Angehörige des Volks der Pilagá im Bundesstaat Formosa, 200 Menschen verschwanden. Über Jahrzehnte wurde dieses Massaker totgeschwiegen. Erst mit einer Klage der Pilagá gegen den argentinischen Staat kam Bewegung in die Sache. Jedoch sind die Föderation der Pilagá als kollektive Organisation, aber auch die

Überlebenden nicht in den Gerichtsprozess einbezogen worden. Im Kampf um ihre Anerkennung durch die staatlichen Behörden und damit im Kampf für Gerechtigkeit musste die Föderation der Pilagá einen formellen Gründungskongress durchführen. Dieser dient aber auch der Stärkung der Pilagá im Kampf um ihren Lebensraum, der zunehmend ins Visier von Erdölfirmen gerät.

Mexiko – Der Widerstand gegen Minenprojekte nimmt zu – Ja zum Leben!

Vom 29. bis 30. Januar versammelten sich in der Gemeinde Cerro de Huertas (Oaxaca) RepräsentantInnen von 48 Gemeinden, 30 Organisationen, zwei Forschungszentren und drei Lokalradios. Sie alle gehören dem Widerstandsnetzwerk gegen Minen im Bundesstaat Oaxaca an. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie, dass die über 400 Minenkonzessionen in Oaxaca annulliert werden, weil durch die Minentätigkeit viel Leben zerstört wird und die Gemeinden nie zur Konzessionserteilung befragt worden sind.

Anfang April konkretisierte sich der Widerstand im Süden Oaxacas. Unter dem Slogan «Ohne Gold und Silber kann man leben, ohne Wasser nicht» versammelten sich tausend Einwohner des Orts Ixtepec auf dem Isthmus von Tehuantepec. Sie protestierten gegen die geplante Mine auf ihrem Gemeindegebiet und verlangten eine Abstimmung. Ixtepec wurde zu einem minenfreien Territorium erklärt und die Ausbeutung der energetischen Ressourcen in der Region durch internationale Konzerne zurückgewiesen.

« Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie eure Solidarität unseren Kampf stärkt. Für die indigenen Gemeinden bedeuten Solidarität und Reziprozität sehr viel: Eure Unterstützung gibt uns viel Kraft und mit dieser Stärke gehen wir weiter voran. Danke für diesen Anschub! »

Bibaani, Komitee zur Verteidigung des Lebens und des Lebensraums in Ixtepec

Zimbabwe – Ethanolfabrik bedrängt weiterhin bäuerliche Gemeinden

Seit Jahren bedroht eine Ethanolfabrik in der Region von Chisumbanje mit ihrer Zuckerrohrproduktion die Existenz von bäuerlichen Gemeinden. Dabei heizt das rücksichtslose Vorgehen des Unternehmens die Situation derart an, dass es immer wieder zu gewaltsamen

Auseinandersetzungen kommt. Die Jugendorganisation PYD versucht, mit einer Deeskalationsstrategie das Schlimmste zu verhindern und gleichzeitig den Ansprüchen und Rechten der Gemeinden gegenüber Unternehmen und Staat zum Durchbruch zu verhelfen.



Demokratie von unten und alternative Medien

Kurdistan – Die Menschen kämpfen für eine selbstbestimmte Gesellschaft

Seit über einem Jahr herrscht in Nord-Kurdistan wieder Krieg. Die türkische Armee hat ganze Stadtteile zerstört und Landstriche niedergebrannt, mit einer hohen Anzahl von Opfern unter der Bevölkerung. Als Antwort riefen die kurdischen Organisationen eine Selbstverwaltung aus, um ihre Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft mit den Pfeilern Gleichstellung, solidarische Wirtschaft und Umwelt umzusetzen. Die Ökologiebewegung Mesopotamiens und die Initiative zur Rettung von Hasankeyf kämpfen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Denn: «Der Kampf für die Natur ist Teil des Kampfes für eine demokratische, emanzipatorische und befreite

Gesellschaft.» Konkret realisiert die Ökologiebewegung Gemeinschaftsgärten als Beispiel solidarischer Wirtschaft und zur Verbesserung der Ernährungssituation der Bevölkerung.

Die Ausstellung «Broken Constellation» zeigte im April Werke verschiedener kurdischer KünstlerInnen, die sich mit der aktuellen Situation auseinandersetzten. Zentral waren Zeichnungen zum Foltergefängnis «Hölle Nr. 5» in Diyarbakir, das in den 1980-90er Jahren zu den schlimmsten Gefängnissen weltweit zählte. Mit Bildern und Zeichnungen brachte uns die Ausstellung die bedrückende Realität in Kurdistan näher.

Südafrika – SlumbewohnerInnen lassen sich nicht vertreiben

Noch immer lebt in Südafrika rund die Hälfte der Menschen in Armut, die Arbeitslosigkeit beträgt faktisch etwa 40 Prozent. Und trotz staatlichem Hausbauprogramm sind die Slums in vielen Teilen des Landes nicht verschwunden. Immer wieder kommt es zu Vertreibungen durch die Polizei, aber die Menschen wehren sich, denn sie brauchen einen Ort zum Leben. Abahlali base

Mjondolo ist eine Selbstorganisation von SlumbewohnerInnen. Als am 14. Januar bei Durban – trotz richterlichem Verbot – erneut eine Siedlung dem Erdboden gleich gemacht wurde, nahm Abahlali mit den Betroffenen sogleich den Wiederaufbau in Angriff und reichte Klagen gegen die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung ein.

Kolumbien – Frauen in den sozialen Bewegungen stärken

Im März 2016 fand ein erstes nationales Frauentreffen des Congreso de los Pueblos statt, einem Zusammenschluss zahlreicher sozialer Bewegungen und Organisationen. Während Frauen bei der Gründung und der Arbeit des Congreso de los Pueblos eine entscheidende Rolle gespielt haben, ist ihre Rolle auch innerhalb der sozialen Bewegungen marginal geblieben, geschlechtsspezifische Stereotypisierungen werden auch hier reproduziert.

Dem wollen die Frauen des Congreso de los Pueblos entgegenwirken und die Rolle der Frau sowie ihre Parti-

zipation an politischen Prozessen verbessern. Auch Diskriminierungen und sexuelle Belästigungen sollen thematisiert und geeignete Instrumente erarbeitet werden, um diesen ein Ende zu setzen. Ebenso muss es darum gehen, dass Frauen und ihre spezifische Sichtweise einbezogen werden, wenn es um die Schaffung von Frieden geht. Das erste Treffen der Frauen war energiegeladener und von lebendigen Diskussionen geprägt. Weitere Treffen sollen folgen und ihre Schlussfolgerungen in die Arbeit der sozialen Bewegungen einfließen.

Kolumbien – Landesweiter Agrarstreik «Minga Agraria Campesina, Étnica y Popular»

In Kolumbien traten am 30. Mai Bäuerinnen und Bauern, ArbeiterInnen, Indigene, AfrokolumbianerInnen, zusammengeslossen in der «Cumbre Agraria Campesina, Étnica y Popular», in einen landesweiten Streik. Die Beteiligten forderten eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und dass die kolumbianische Regierung diesbezüglich früher getroffene Vereinbarungen erfülle. Ebenso verlangten sie Garantien für die Ausübung jeglicher politischer Aktivitäten, die derzeit aufgrund des Paramilitarismus' sowie aufgrund von Verfolgungen,

Verhaftungen, Drohungen und der Ermordung zahlreicher Führungspersonen nicht möglich sind. Ein weiteres wichtiges Thema war, dass die Bevölkerung eine aktive und verbindliche Teilhabe am Friedensprozess hat. Trotz brutaler Repression von Seiten von Polizei und Militär wuchs der Streik permanent an. Nach zwei Wochen schliesslich zeigte die breit abgestützte Aktion Erfolg: Die kolumbianische Regierung machte in einem Abkommen mit der «Cumbre Agraria Campesina, Étnica y Popular» eine Reihe von Zusagen.

Kolumbien – Alternative Medienberichterstattung und Friedenskommunikation

Während des Friedensprozesses zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla FARC-EP stellen die sozialen Bewegungen klar, dass Frieden eine soziale Transformation beinhalten muss und breite gesellschaftliche Diskussionen voraussetzt. Die alternative Medienplattform Colombia Informa hat deshalb ein Treffen von VertreterInnen sozialer Bewegungen organisiert. Die Herausforderung ist, wie verschiedene Friedensvorschläge der Bewegungen breit vermittelt und diskutiert werden können. Colombia Informa hat die Rolle übernommen, mit technischer und inhaltlicher Unterstützung zu diesem Austausch beizutragen.

In den von Armut geprägten Vororten der Hauptstadt Bogotá hat derweil ein Jugendnetzwerk Jugendliche und junge Erwachsene zu Korrespondentinnen und Korrespondenten alternativer Medien ausgebildet. Damit werden die jungen Frauen und Männer darin gestärkt, ihre Sichtweise und die von der Jugendbewegung diskutierten Alternativen zur aktuellen Situation in eine breitere gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Im Kontext der gesellschaftlichen Mobilisierung für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit ist die aktive Teilnahme von Jugendbewegungen aus den marginalisierten Barrios wichtig.

Ecuador – für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Veränderungsprozess

Um marginalisierte Gemeinschaften aktiv in den gesellschaftlichen Veränderungsprozess einzubinden, hat die Basisorganisation Vientos del Sur ein Festival zusammen mit Bauerngemeinschaften im Norden Ecuadors und BewohnerInnen von verarmten Barrios in Quito durchgeführt. In den politisch-kulturellen Aktivitäten geht es darum, dass die beteiligten Gemeinschaften sich in der ihr eigenen Ausdrucksform einbringen können. Vientos del

Sur ermöglicht damit, dass die Beteiligten ihre Bedürfnisse ausdrücken, Vorschläge ausarbeiten und sich an einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion beteiligen. Zu den zentralen Aktivitäten gehören unter anderem die gemeinsame Erarbeitung und Realisierung von Wandbildern sowie Volkstheatern, in denen die politischen Diskussionen in den Gemeinschaften ihren Ausdruck finden.

Guatemala – Freispruch für angeklagte Gemeindemitglieder

Seit 2012 unterstützte der SOLIFONDS die rechtlichen Schritte der indigenen Gemeinde von Las Barillas in Guatemala. Wegen Protestaktionen gegen ein spanisches Elektrizitätsunternehmen, das einen Staudamm errichten wollte, waren sieben Gemeindemitglieder verhaftet und unter Anklage gestellt worden. Ende Juli sprach die Richterin des Appellationsgerichts alle sieben Angeklagten von jeglicher Schuld frei. Ein Freudentag für alle Betroffenen. Ein Wermutstropfen bleibt. In einem Com-

munique schreibt die Gemeinde: «Das uns in unseren Regionen aufgezwungene Modell der extraktiven Industrie stellt weiterhin eine grosse Bedrohung dar. Anstelle der versprochenen Entwicklung fördert das Modell das ungestillte Verlangen nach immer mehr. Der kriminelle Charakter der Unternehmen zerstört die Gemeinschaften, indem in diesen Krisen provoziert, die Führungspersonen der Gemeinschaften verfolgt, Mitglieder vereinnahmt und Vertreibungen zur Regel werden.»

Paraguay – Skandalöses Urteil gegen Landlose im Fall Curuguaty

In einem äusserst fragwürdigen Prozess wurden im vergangenen Juli 11 Landlose in Paraguay – 8 Männer und 3 Frauen – zu langjährigen Haftstrafen zwischen 4 und 30 Jahren verurteilt. Ohne dass stichhaltige Beweise gegen sie vorlagen, wurden sie für den Tod von sechs Polizisten verantwortlich gemacht. Ausser diesen waren beim Massaker von Curuguaty im Jahr 2012 auch elf Kleinbauern erschossen worden. Über deren Ermordung gibt es bis heute keine Untersuchung. Der SOLIFONDS, der die Organisation der Familienangehö-

rigen von Curuguaty in den letzten vier Jahren wiederholt unterstützt hat, kritisiert das skandalöse Urteil. In einem Schreiben an Aussenminister Didier Burkhalter hat der SOLIFONDS zusammen mit weiteren Organisationen gefordert, dass sich die Schweiz für eine unabhängige internationale Untersuchungskommission einsetzt. In seiner Antwort schreibt der Bundesrat, dass die Schweiz einen Dialog mit Paraguay über die Einhaltung der Menschenrechte führe und die Aufarbeitung des Curuguaty-Gerichtsfalls aufgenommen habe.

Indien – Leiharbeiter erkämpfen Vergleich mit dem Zementkonzern LafargeHolcim

25 Jahre lang kämpften die Leiharbeiter bei der Holcim-Tochter ACC in Jamul für ihre Festanstellung. Entgegen der indischen Gesetzgebung verfügten sie nur über Leiharbeitsverträge und erhielten weniger als ein Drittel des Lohns von Festangestellten. Dafür wurde ACC-Holcim von zwei Gerichtsinstanzen verurteilt, zog aber das Urteil weiter. Als der Multi mit dem Bau einer neuen hochtechnologisierten Zementfabrik begann, mussten die Leiharbeiter um ihre Arbeitsplätze fürchten.

2012 reichte PCSS zusammen mit der internationa-

len Gewerkschaft IndustriAll beim Staatssekretariat für Wirtschaft seco Klage gegen Holcim wegen Verletzung der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen ein. Die Gewerkschaft UNIA und der SOLIFONDS unterstützten die PCSS in der Klage. Im Januar 2016 wurden die Gespräche mit einem Vergleich abgeschlossen: Demnach werden 536 der 932 Leiharbeiter fest angestellt und ihre Löhne stufenweise den branchenüblichen Löhnen angepasst. Jene Arbeiter, die nicht weiterbeschäftigt werden, erhalten Abgangsentschädigungen.

« Die Überprüfung der Rechtmässigkeit der Schulden ist der erste unverzichtbare Schritt auf dem langen und schwierigen Weg, der zur Befreiung von der Schuldendiktatur führt. » RAID

Tunesien – Öffentliche Überprüfung der Staatsschulden

Im Rahmen des Weltsozialforums 2015 lancierte das tunesische Netzwerk RAID die Kampagne «Überprüfen wir die öffentlichen Schulden – Geben wir damit einer sozialen und demokratischen Transformation eine Chance». Rund ein Viertel der Steuereinnahmen gehen 2016 in den Schuldendienst und fehlen folglich im sozialen und Gesundheitsbereich oder für Infrastrukturaufgaben. Am 14. Juni 2016 wurde als Resultat dieser Kampagne

ein Gesetzesvorschlag im tunesischen Parlament eingereicht, der von einem Drittel der Abgeordneten unterzeichnet worden ist und damit gute Chancen hat, nach der Beratung definitiv überwiesen zu werden.

RAID dankt dem SOLIFONDS für die Unterstützung der Kampagne. Sie sei von entscheidender Bedeutung gewesen: finanziell, aber auch durch die Diskussionen und die aktive Mitarbeit bei der Umsetzung der Kampagne.



Neben der finanziellen Unterstützung ist die Information über Kampagnen und Aktionen unserer Partnerorganisationen und deren Hintergründe ein wichtiges Anliegen des SOLIFONDS, ebenso wie die Vernetzung mit anderen Organisationen, um mehr Reichweite und Gewicht zu erlangen.

Bildung / Veranstaltungen

29.1.: Der SOLIFONDS moderiert eine von Studierenden organisierte Veranstaltung mit dem Titel «Ist die Welt gerecht?» an der Uni Zürich.

25.4.-27.4.: Delegation aus Marikana (Südafrika), bestehend aus Bischof Jo Seoka, zwei Witwen von ermordeten Minenarbeitern und zwei Vertreterinnen der Khulumani Support Group. Zusammen mit der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika KEESA und VertreterInnen der Grünen Partei organisieren wir Anfragen im Zuger Parlament und im Nationalrat, Medienkontakte, eine Aktion in Zug. Problematisiert wird dabei Zug (Sitz von BASF Metals GmbH) als bedeutender Handelsplatz für das in Marikana geförderte Platin. Am 26.4. findet eine Filmvorführung von «Miners Shot Down» in Zürich zum Marikana-Massaker von 2012 statt.

29.4.: Vorbereitung der Finissage der Ausstellung «Broken Constellation» zu Kurdistan, in Zusammenarbeit mit medico international.

28./29.6.: Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der

Gewerkschaften movendo führt der SOLIFONDS einen eininhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

Juni: Teilnahme an der Konferenz der internationalen Arbeitsorganisation ILO.

ab Juli: aktive Teilnahme am Komitee «Brückenschlag Zürich – Amed/Diyarbakir». Das Komitee, bestehend aus VertreterInnen verschiedener Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, hat sich gebildet, nachdem im Juni ein Postulat durch den Gemeinderat an die Stadtpräsidentin überwiesen worden ist, in welchem ursprünglich eine Städtepartnerschaft gefordert wurde.

4.-6.10.: Delegation im Rahmen des «Brückenschlags Zürich – Amed/Diyarbakir». Die beiden Co-BürgermeisterIn aus Amed weilen zusammen mit fünf VerwaltungsmitarbeiterInnen aus Amed auf Einladung des Brückenschlag-Komitees in Zürich. Die Delegation wird von Stadtpräsidentin Corinne Mauch empfangen, besucht mehrere Verwaltungsabteilungen der Stadt und die Sitzung des Gemeinderats. Die Medienarbeit des Ko-

mitees hat beachtlichen Erfolg: Beitrag im Rendez-vous am Mittag auf Radio DRS, Artikel in NZZ, P.S. und Vorwärts. Der Besuch wird mit einer öffentlichen Abschlussveranstaltung im Volkshaus mit ca. 200 TeilnehmerInnen abgeschlossen.

14.-16.10.: Teilnahme an Monsanto-Tribunal und Peoples' Assembly in Den Haag. Während zwei Tagen berichten ZeugInnen eindrücklich über die Auswirkungen

gen insbesondere des Pestizids Glyphosat, aber ebenso über die Art und Weise, wie der Konzern seinen Einfluss bei Behörden geltend macht, von Betroffenen angestregte Klageverfahren immer weiter in die Länge zieht und KritikerInnen diffamiert.

Im Rahmen der KEESA: aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung der Tagung «Rohstoffkonzerne vs. Staat und Gesellschaft» vom 28./29.10. in Basel.

Vernetzung

KEESA

Im Rahmen seiner Mitarbeit in der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA) beteiligt sich der SOLIFONDS aktiv an der Organisation und Durchführung der Tagung «Migration und Xenophobie – Vergleichende Blicke auf Südafrika und die Schweiz» vom 27. und 28. November 2015. Ebenfalls im Kontext der KEESA sind wir Mitorganisatorin der oben erwähnten Marikana-Veranstaltungen.

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS

engagiert sich im Vorstand und in Arbeitsgruppen von MultiWatch und beteiligt sich an der Organisation und Durchführung öffentlicher Veranstaltungen und Aktionen. Dazu gehörten im vergangenen Jahr unter anderem die Lancierung des Buches «Schwarzbuch Syngenta» über den Schweizer Agrochemiekonzern sowie eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel «Syngentas Gift in Malaysia – Gemeinsam Widerstand organisieren» mit Sarojemi V. Rengam von Pesticide Action Network Asien/Pazifik.

Kolumbien-Plattform

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

Treffen / Besuche

Sie sind auf Durchreise oder nehmen an einer Konferenz in der Schweiz teil und benutzen diese Gelegenheit, sich mit dem SOLIFONDS auszutauschen.

Im Oktober 2015 besuchen uns Philipp Gerber (EDUCA) und Sara Méndez (Centro Prodh) aus Mexiko und informieren uns zu Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Minenunternehmen und Windkraftwerken.

An einem Treffen mit Miguel Lovera aus Paraguay, ehemaligem Direktor der Saatgutbehörde SENAVE und weggesäubert nach dem parlamentarischen Putsch 2012 gegen den gewählten Präsidenten Lugo, besprechen wir die anstehenden Gerichtsverhandlungen im Falle des Massakers an Landlosen von Curuguaty und die Bedrohung von autochthonen Pflanzen durch die immer weitere Ausbreitung von Gentechmais und -soja.

Anlässlich einer Veranstaltung zu Konflikten um Land und Wasser im RomeroHaus Luzern treffen wir eine Delegation vom Red Muqui in Peru und tauschen uns über Bergbaukonflikte aus.

Auf Einladung der Bauarbeitergewerkschaft FTBC reist Koordinator Urs Sekinger nach Togo und nimmt an der Lancierung der Kampagne für einen Branchen-Gesamtarbeitsvertrag sowie an der Grundsteinlegung für ein Ausbildungszentrum teil. Weiter finden Treffen mit der

im Aufbau befindlichen HausarbeiterInnengewerkschaft ADDAD statt.

Martin Jansen von «Workers World Media Project – WWMP» in Südafrika informiert den SOLIFONDS bei einem Treffen über die Radioprogramme von WWMP.

Anlässlich ihres Besuchs organisieren wir eine öffentliche Veranstaltung mit Marylén Serna, Sprecherin vom Congreso de los Pueblos, einem Zusammenschluss zahlreicher sozialer Bewegungen und Organisationen in Kolumbien. Ebenfalls aus Kolumbien besucht uns Cynthia Osorio vom Netzwerk «HüterInnen des Saatguts».

Die ILO-Konferenz im Juni gibt uns die Möglichkeit für Treffen mit diversen Partnerorganisationen, darunter Nasir Mansoor vom pakistanischen Gewerkschaftsdachverband NTUF, Zehra Khan vom Verband der Heimarbeiterinnen HBWWF Pakistan und Ashim Roy vom indischen Gewerkschaftsverband NTUI. Zusammen mit Dan Gallin vom Stiftungsrat begleiten wir Kamal Abbas, Generalsekretär des unabhängigen Gewerkschaftszentrums CTUWS in Ägypten, während der gesamten ILO-Konferenz und organisieren zahlreiche Kontakte zu Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern. Es geht darum, die prekäre Lage der unabhängigen Gewerkschaften in Ägypten zu thematisieren und Solidarität aufzubauen.

Bilanz		
	30.09.15	30.09.16
	CHF	CHF
Umlaufvermögen	355'160.45	321'673.00
Flüssige Mittel	352'760.00	314'528.60
- Postcheck CHF	86'334.38	50'616.96
- Postcheck EUR	51'973.43	0.00
- E-Depositenkonto Postfinance	100'455.70	149'903.05
- Zürcher Kantonalbank, Depositenkonto	1'403.89	1'352.49
- Zürcher Kantonalbank, Sparkonto	112'592.60	112'656.10
Übrige kurzfristige Forderungen	1'070.45	1'280.70
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1'330.00	5'863.70
Anlagevermögen	82'358.85	82'749.20
Finanzanlagen	82'357.85	82'748.20
Sachanlagen	1.00	1.00
Aktiven	437'519.30	404'422.20
Kurzfristiges Fremdkapital	79'841.40	43'087.60
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	61'431.40	14'337.60
Passive Rechnungsabgrenzungen	18'410.00	28'750.00
Langfristiges Fremdkapital	256'872.85	250'269.05
Rückstellungen	256'872.85	250'269.05
- Rückstellungen aus Beitragsversprechen	46'107.04	97'105.05
- Rückstellungen Pakistan	16'362.70	0.00
- Rückstellungen aus 1. Mai	13'335.10	0.00
- Rückstellung Aktionskasse	128'089.02	100'185.01
- Informationsfonds	42'232.19	42'232.19
- Recherchierfonds Schweiz-Südafrika	10'746.80	10'746.80
Stiftungsvermögen	100'805.05	111'065.55
Freies Stiftungsvermögen	100'805.05	111'065.55
- Gewinnvortrag oder Verlustvortrag (-)	83833.22	100'805.05
- Jahresgewinn oder Jahresverlust (-)	16971.83	10'260.50
Passiven	437'519.30	404'422.20

Jahresrechnung per 30. September 2016

Erfolgsrechnung		2015/16	
		CHF	
		2014/15	2015/16
		CHF	CHF
Stiftungsertrag		+ 168'360.89	+ 159'235.41
Beiträge und freie Spenden			
- Beiträge Stifter		+ 165'169.24	+ 156'047.71
- Beiträge Mäzstifter		+ 42'000.00	+ 42'000.00
- Freie Spenden		+ 2'190.00	+ 2'015.00
		+ 120979.24	+ 112'032.71
Übriger Betriebsertrag			
- Honorare		+ 3'191.65	+ 3'187.70
- Verwaltungskostenbeiträge		+ 1'550.00	+ 1'910.00
- Finanzertrag		+ 600.00	+ 600.00
		+ 1'041.65	+ 677.70
Verwaltungsaufwand		- 148'939.06	- 148'974.91
Koordinationsaufwand			
- Personalaufwand		- 141'163.22	- 137'676.35
- Betriebsaufwand Koordination		- 17'5618.60	- 172'581.95
- Ertrag aus Kostenanteil für Projektbearbeitung (20 %)		+ 22'999.87	+ 23'022.40
		+ 57'005.25	+ 57'926.00
Informationsaufwand			
- Betriebsaufwand Information		- 7'325.84	- 11'296.56
- Einnahmen aus Broschürenverkauf		+ 31'922.79	+ 34'548.02
- Ertrag aus Kostenanteil für Informationsaufwand (10 %)		+ 392.95	+ 130.46
- Entnahme (+) / Einlage (-) Informationsfonds		+ 24'204.00	+ 23'121.00
- Entnahme (+) / Einlage (-) Recherchierfonds		0.00	0.00
		0.00	0.00
Unterstützungsaktionen – Saldo Aufwand/Ertrag		- 2'450.00	0.00
Beitragsversprechen und zweckgebundene Spenden			
- Ertrag aus Beitragsversprechen		+ 372'307.95	+ 363'952.67
- Ertrag aus zweckgebundenen Spenden		+ 114'865.00	+ 109'507.00
- Ertrag aus zweckgebundenen Spenden Institutionen		+ 165'442.95	+ 146'245.67
		+ 92'000.00	+ 108'200.00
Aufwendungen Unterstützungsaktionen			
- Unterstützungen an Partnerorganisationen		- 377'185.40	- 362'878.91
- Kosten Projektbearbeitung		- 295'976.15	- 307'831.91
- Kosten Informationsaufwand		- 57'005.25	- 57'926.00
		- 24'204.00	- 23'121.00
Einnahmen (+) / Einlagen (-) Rückstellungen			
- Entnahmen		+ 2'427.45	+ 18'926.24
- Einlagen		+ 80'946.99	+ 158'230.63
		- 785'19.54	- 139'304.59
Diverser Stiftungsaufwand und -ertrag – Saldo		0.00	0.00
- Legat			+ 6'102.55
- Kursdifferenz			+ 1'566.19
- Einlage Aktionskasse			- 7'668.74
Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)		+ 16'971.83	+ 10'260.50

Unterstützungen an Partnerorganisationen

		Gewerkschaften, Arbeitsrechte	Frauenrechte, Gleichstellung	Rechtshilfe	Menschenrechte	Demokratie	Frieden	Landfrage Lebensgrundlagen
<i>Afrika:</i>								
Ägypten – Arbeiterinnenrechte	25'206.80	x	x					
Ägypten – ILO-Delegation	4'845.50	x				x		
Südafrika – Marikana-Delegation	3'700.00	x	x					
Südafrika – Gegen Vertreibung	3'732.00				x	x		
Südafrika/Global – StreetNet	5'400.00	x	x					
Togo – GAV-Kampagne	16'000.00	x				x		
Togo – Hausarbeiterinnen	4'827.40	x	x					
Zimbabwe – Widerstand Ethanolfabrik	16'048.00					x		x
<i>Asien / Osteuropa:</i>								
Malaysia – gegen Regenwaldzerstörung	20'000.00				x			x
Nordkurdistan – solidarische Wirtschaft	16'501.00				x	x		
Nordkurdistan – Infoausstellung	2'500.00				x	x		
Pakistan – Rechtshilfe	10'188.10	x	x					
Pakistan – Gewerkschaftsbewegung	13'500.00	x				x		
Pakistan – Heimarbeiterinnen	8'000.00	x	x					
<i>Europa:</i>								
Südspanien – Gemüsearbeiterinnen	22'086.00	x	x					
<i>Lateinamerika:</i>								
Argentinien – Indigene gegen Unrecht	3'324.00				x	x		
Ecuador – Polit-kulturelles Festival	5'519.36					x	x	
Kolumbien – Saatgutkampagne	10'000.00				x			x
Kolumbien – Agrarstreik	21'840.00					x	x	
Kolumbien – Friedenskommunikation	5'384.25					x	x	
Kolumbien – Alternativmedien	5'490.80					x	x	
Kolumbien – Frauentreffen	7'857.75		x			x		
Kolumbien – Abstimmung Mine	20'038.00					x	x	
Mexiko – Gemeinden gegen Minen	3'500.00					x	x	
Mexiko – Minenkampagne Bibaani	2'582.20					x	x	
Paraguay – Saatgutkampagne	27'169.00				x			x
Peru – Gegen Uranabbau	9'614.95	x						x
Peru – Schutz Lebensraum	3'076.80				x			x
Kleinstunterstützungen	3'900.00							
Total	301'831.91							

Bericht der Revisionsstelle

zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (Solifonds)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (Solifonds) für das am 30. September 2016 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

Gelterkinder, 18. Oktober 2016

BERO Treuhand AG,
Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer

Kommentar zur Jahresrechnung

Bilanz und Jahresrechnung richten sich nach den neuen Vorschriften des eidgenössischen Rechnungslegungsrechts. Sie unterscheiden sich deshalb leicht von der Darstellung vergangener Jahre.

Die Jahresrechnung 2015/2016 schliesst mit einem Plus von 10'260.50 Franken. Dieses erfreuliche Resultat gründet vor allem in den freien Spenden. Sie waren zwar mit 112'032.71 Franken tiefer als im Vorjahr, aber immer noch deutlich über dem budgetierten Betrag. Der Verwaltungsaufwand war praktisch gleich hoch wie im Vorjahr, wobei der Personalaufwand (172'582 Franken) leicht tiefer und der Aufwand für die Informationsarbeit (34'548 Franken) leicht

höher waren als im Vorjahr. Ebenfalls höher waren die finanziellen Unterstützungen für Partnerorganisationen: Franken 301'831.91 (Vorjahr 295'976.15).

Bei den einbezahlten Beitragsversprechen (109'507 Franken) mussten wir wie bei den zweckgebundenen Spenden (146'246 Franken) einen Rückgang zum Vorjahr verzeichnen. Dafür fielen die zweckgebundenen Zuwendungen von Institutionen mit Franken 108'200 höher aus.

Ein Legat von 6'102.55 Franken haben wir in unsere Aktionskasse zur Unterstützung von Partnerorganisationen eingelegt. Ebenso ein Gewinn, der sich bei der Auflösung eines Eurokontos aus der Kursdifferenz ergab.

Wie einleitend zu diesem Jahresbericht erwähnt, sind die finanziellen Unterstützungen des SOLIFONDS der wichtigste Teil unserer Solidaritätsarbeit. Sie sind in der Jahresrechnung und der dazugehörigen Zusammenstellung ausgewiesen. Politische Unterstützungen, Vernetzungs- und Informationsarbeit oder die Prüfung von Gesuchen, die nicht weiter verfolgt werden, sind aber genauso Teil der Aufgaben der Geschäftsstelle wie die Administration und sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Dieser nicht unbedeutende Teil der Solidaritätsarbeit kann in der Jahresrechnung nicht als Unterstützung an die Partnerorganisationen ausgewiesen werden und kommt damit nur indirekt zum Ausdruck.

« Eure Solidaritätsarbeit überzeugt mich. Deshalb werde ich den Solifonds mit einem Legat berücksichtigen. » Spenderin

Danke !

Unseren Beitragsversprechenden und unseren Spenderinnen und Spendern, den Stiftungen Berti Wicke, Crain-Zivy, GlobalLokal, der Volkart-Stiftung und der Stiftung zur Förderung der Erwachsenenbildung sowie dem SAH-Personalsolifonds danken wir, auch im Namen unserer Partnerorganisationen, ganz herzlich für ihre Unterstützung.

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Public Eye (vorm. EvB), Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahrauische Volk, Zentralamerika-Sekretariat.

SOLIFONDS – Informationsbulletin Nr. 100

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an:

SGB:

Luca Cirigliano, Dan Gallin, Hans Schächli (Präsident).

SPS:

Rosmarie Joss, Jean Christophe Schwaab, Cédric Wermuth.

Solidar Suisse/SAH:

Mario Carera, Bruno Gurtner, Anja Ibkendanz.

Mitstifter:

Thomas Braunschweig (Public Eye), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination:

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann, Sandra Julius (Stellvertretung bis Mai).

Buchhaltung:

Bruno Hangarter.

Der SOLIFONDS ist auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Der SOLIFONDS finanziert seine Unterstützungsaktionen ausschliesslich mittels privaten Spenden:

➔ Beitragsversprechen

ermöglichen dem SOLIFONDS, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren (siehe nebenstehenden Talon).

➔ Spenden

erlauben es dem SOLIFONDS, soziale Bewegungen in einer Vielzahl von Aktionen und Kämpfen zu unterstützen und so konkrete Solidarität zu leisten.

➔ Legate

sind für den SOLIFONDS eine unschätzbare zusätzliche Unterstützung, die ihn in seiner Arbeit für eine gerechte und solidarische Welt bestärken.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen!

In vielen Fällen, etwa bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal dreimal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. Mit unserem Informationsbulletin informieren wir Sie über die unterstützten Aktionen.

Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen und verpflichte mich, dreimal pro Jahr Fr. _____ auf Abruf für eine bestimmt Unterstützungsaktion einzuzahlen.

Gilt für zwei Jahre und kann erneuert werden.

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

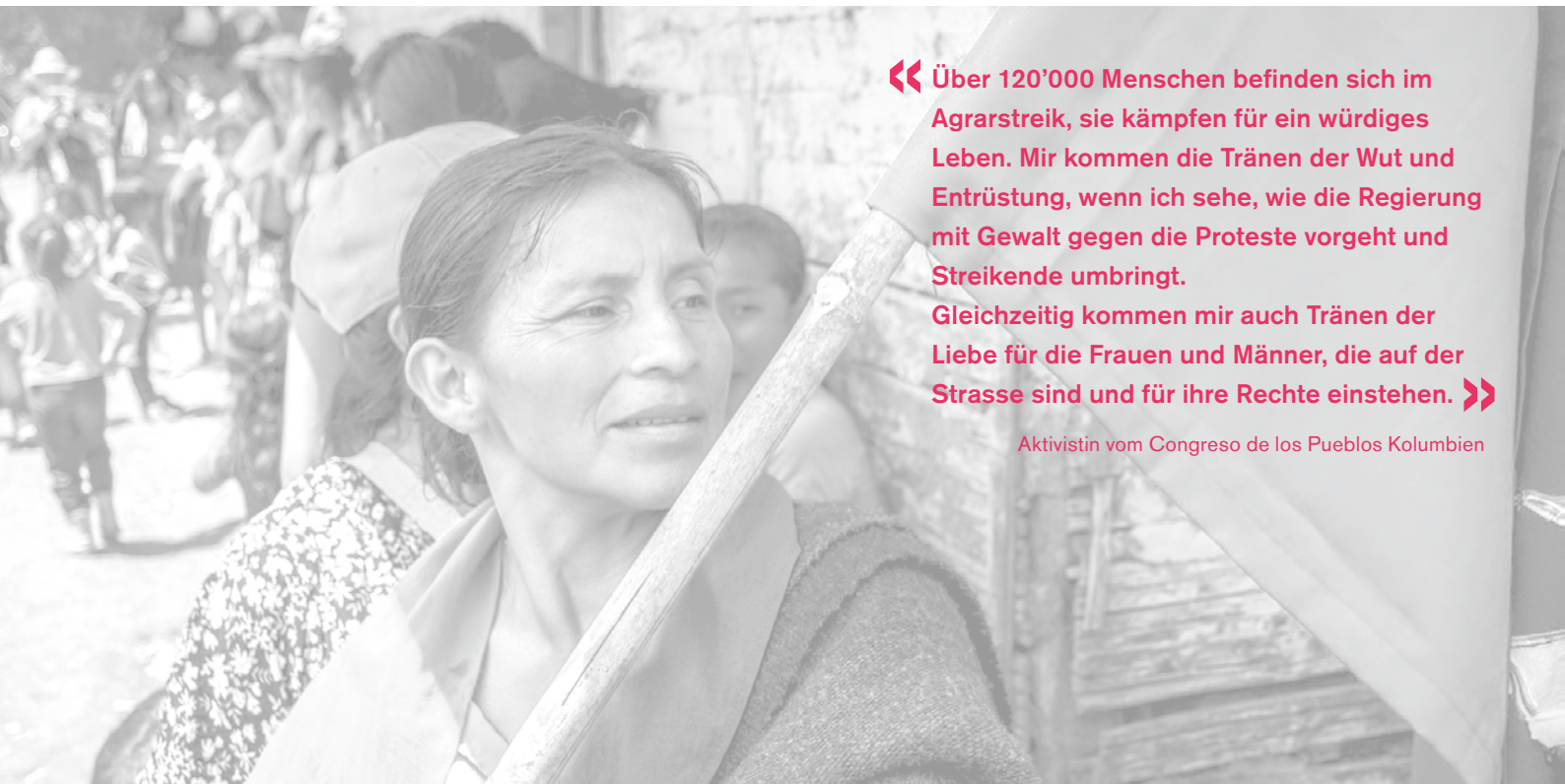
Datum, Unterschrift

Mail (für Newsletter)



Über die laufende SOLIFONDS-Arbeit immer informiert sein?

→ abonnieren Sie unseren Newsletter: newsletter@solifonds.ch



« Über 120'000 Menschen befinden sich im Agrarstreik, sie kämpfen für ein würdiges Leben. Mir kommen die Tränen der Wut und Entrüstung, wenn ich sehe, wie die Regierung mit Gewalt gegen die Proteste vorgeht und Streikende umbringt. Gleichzeitig kommen mir auch Tränen der Liebe für die Frauen und Männer, die auf der Strasse sind und für ihre Rechte eintreten. »

Aktivistin vom Congreso de los Pueblos Kolumbien

SOLIFONDS | Quellenstrasse 25 | Postfach | CH-8031 Zürich | Tel. 044 272 60 37 | Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch | www.solifonds.ch | PC 80-7761-7 | IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7